

Diese Zeitung erscheint  
jede Woche Sonnabend.  
Preis: vierjährlich durch  
die Post bezogen 1.20 M.  
Eingetragen in die  
Postzeitungskarte Nr. 6482.

Anzeigenpreis:  
50 Pf. für die 3 gepl.  
Zeile.  
Geschäftsanzeigen werden  
nicht aufgenommen.

# Der Proletarier

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postleitzettel: Nr. 358 15 Postleitzettel Hannover.

Verlag von A. Brey.  
Druck von C. A. G. Meissner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.  
Redaktionsgeschäft: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition:  
Hannover, Nikolaistraße 7, II. — Fernsprech-Anschluß 5 22 81.

### Dem Sozialismus entgegen.

Ein wesentliches Merkmal der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung besteht darin, daß an Stelle der Handwerks- und Kleinbetriebe der Großbetrieb und die kapitalistische Unternehmung tritt. Diese Umbildung bedeutet zugleich Vernichtung selbständiger Existenz und die Schaffung von Lohnarbeit. Das heißt anders ausgedrückt, der Handwerker oder Gewerbetreibende, der sich bis dahin mit seiner Arbeit und seinem Besitzum die notwendigen Erzeugnisse verschaffte, wird durch die Entwicklung zur abhängigen Arbeit für Lohn in einem fremden Betriebe gezwungen.

Dieser Wirtschaftsverlauf ist typisch für alle modernen Industriestaaten. In Deutschland spielte sich diese Entwicklung besonders in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ab. Aber auch das erste Viertel des 20. Jahrhunderts — unsere Zeit — steht unter dem Zeichen dieser Entwicklung. Trotzdem der Weltkrieg die Vorherrschaft der europäischen Industriewirtschaft und damit auch die deutsche erheblich eingeschränkt hat, vermehrte sich die Zahl der Großbetriebe und die Zahl der darin Beschäftigten seit 1907 ganz gewaltig, wie die kürzlich erschienenen Ergebnisse der Berufszählung vom Jahre 1925 beweisen. Zur richtigen Beurteilung der nachstehenden zahlenmäßigen Darlegungen sei im voraus bemerkt, daß die Zahl der erwerbstätigen Personen in Industrie, Handel und Verkehr 1907 im alten Reichsgebiet 14,4 Millionen, dagegen 1925 im heutigen Gebietsumfang 18,7 Millionen betrug.

Von diesem Personenkreis waren beschäftigt:

	1907	1925
In Kleinbetrieben (1—5 Personen)	37,6 Proz.	28,6 Proz.
In Mittelbetrieben (6—50 Personen)	25 Proz.	24,2 Proz.
In Großbetrieben (über 50 Personen)	37,4 Proz.	47,2 Proz.

Dieser prozentuale Vergleich zeigt eine bedeutende Zunahme des beschäftigten Personalkreises in Großbetrieben und eine fast gleich große Verminderung der Beschäftigungszahl in Kleinbetrieben. Die Verfestigung fällt quantitativ um mehr ins Gewicht als die Prozentziffer von 1907 auf die Zahl von 14,4 Millionen, die von 1925 dagegen auf die von 18,7 Millionen Bezug nimmt.

Im einzelnen ergibt sich nach einer Darstellung in „Wirtschaft und Statistik“ Nr. 2, 1928, für Industrie und Handwerk folgendes Bild:

Die Betriebsgrößenklassierung in Industrie und Handwerk für 1907 und 1925.

Betriebsgrößenklassen	1907 (neues Gebiet ohne Saargebiet)		1925		Zugabe zu 1925 und 1907 (neues Gebiet ohne Saargebiet)
	Zahl der Betriebe	Zahl der beschäftigl. Personen	Zahl der Betriebe	Zahl der beschäftigl. Personen	
Betriebe mit:					
bis 5 Personen	1618781	2804588	1514050	2827327	- 4701 + 32739
6 bis 50 Personen	160091	205015	205911	2895756	+ 595741
mehr als 50 Personen	494	4763177	32761	6958190	+ 7767 - 2195013
Summe	1804866	9872750	1825752	15694273	- 4886 - 2521493
davon mit mehr als 1000 Personen	504	1175565	892	2109005	+ 388 + 683449

Der amtliche Bericht bemerkt hierzu:

Vergleicht man die Ergebnisse der gewerblichen Betriebszählung von 1925 mit denen der letzten Vorkriegszählung (1907), so ergibt sich zunächst, daß in Industrie und Handwerk überhaupt die Zahl der Betriebe (auf dem heutigen Gebietstand) sich etwa gleich gehalten ist, die Zahl der beschäftigten Personen sich dagegen um mehr als den vierten Teil vermehrt hat. Diese Zunahme verteilt sich ungleich auf die einzelnen Betriebsgrößenklassen. Der Grundstock der Kleinbetriebe steht ungefähr auf der gleichen Höhe wie 1907; der Betriebszahl nach ist hier eine kleine Verminderung, der Personenzahl nach eine kaum nennenswerte Vermehrung festzustellen. Die Zunahme, die für die Abteilung „Industrie und Handwerk“ im ganzen gegenüber 1907 eingetreten ist, entfällt allein auf die Mittel- und Großbetriebe. Die Zahl der Betriebe ist in den beiden Größenklassen etwa um 30 v. H. gestiegen; die Zahl der Personen hat sich bei den Mittelbetrieben etwa um ein Viertel und bei den Großbetrieben fast um die Hälfte des Standes von 1907 erhöht. Dieser ungleichen Zunahme der Betriebs- und Personenzahl in den einzelnen Betriebsgrößenklassen entspricht eine Gewichtsverschiebung dieser Größenklassen innerhalb des Gesamtbewerbes. Die Kleinbetriebe haben, wenn sie auch ihren absoluten Bestand ungefähr behaupten konnten, seit 1907 relativ erheblich eingebüßt, während die Großbetriebe ihren zahlenmäßigen Anteil noch erhöhten; die Mittelbetriebe nehmen im heutigen Gesamtbewerbe etwa denselben Rang ein wie 1907.“

Aus dieser betriebswirtschaftlichen Entwicklung lassen sich wichtige sozialpolitische Schlüsse ableiten. Die Vermehrung des Großbetriebes bedingt verstärkte Lohnarbeit. Aber vier Millionen Erwerbstätigen haben sich gegenüber 1907 neu in ein wirtschaftliches Abhängigkeitsverhältnis begeben müssen. Die Aussicht auf spätere wirtschaftliche Selbständigkeit ist im Großbetrieb nicht gegeben. Jeder Arbeiter, der nicht fatalistisch sein wirtschaftliches Schicksal fragen will, muß deshalb den Weg zur gewerkschaftlichen Organisation finden.

Nur durch die gewerkschaftliche kollektive Macht wird er seine Arbeits- und Lebensverhältnisse günstig beeinflussen können.

Die Entwicklung der Großbetriebe bedeutet aber nicht nur Mehrung der Lohnarbeit, sondern zugleich Konzentration der ökonomischen Verfügungsgewalt der privatkapitalistischen Kreise, der Unternehmer. Durch weitere Verbindungen mehrerer Großbetriebe in einer Unternehmung gerät die Wirtschaftsverfassung in einen Zustand starker Autoaratie. Die Arbeiterschaft will aber Subjekt und nicht Objekt der Wirtschaft sein und erstrebt deshalb eine sozialistische demokratische Wirtschaftsverfassung.

Der gewerkschaftspolitische Wille der deutschen Arbeiterschaft und nicht zuletzt das Wahlergebnis am 20. Mai wird ein Maßstab dafür sein, ob die deutsche Arbeiterschaft aus der Wirtschaftsentwicklung die notwendigen Konsequenzen ziehen wird.

### Die Steuerfahnde.

Nach den amtlichen Angaben umfassen die sämtlichen Steuern in Reich, Ländern und Gemeinden:

#### 1. Besitzsteuern.

(Einkommen- und Körperschaftsteuer ohne Lohnsteuer; Vermögenssteuer; einmalige Vermögensabgabe; Grunderwerbsteuer einschließlich Wertzuwachssteuer; Erbschaftssteuer; Vermögensverkehrsteuer.)

1913: 1925: 1936 Millionen Mk. 1960 Millionen Mk.

#### 2. Gemischte Steuern.

(Steuern von Grundbesitz und Gewerbebetrieb.)

1913: 1925: 682 Millionen Mk. 1517 Millionen Mk.

#### 3. Massensteuern.

(Zölle und Verbrauchssteuern; Verkehrssteuer; Umsatzsteuer; Hauszinssteuer; Lohnsteuer.)

1913: 1925: 1460 Millionen Mk. 6623 Millionen Mk.

Danach vermehrten sich seit dem Jahre 1913 die Besitzsteuern um

24 Millionen = 1,2 Prozent

die gemischten Steuern um

855 Millionen = 130,0 Prozent

die Massensteuern um

5163 Millionen = 354,0 Prozent

Selbst wenn man alle gemischten Steuern den Besitzsteuern zurechnet, ergibt sich folgendes Bild:

Zunahme der Besitzsteuern von 2598 Millionen im Jahre 1913 auf 3477 Millionen im Jahre 1925, also um 879 Millionen = 34 Prozent. Dagegen Zunahme der Massensteuern um 5163 Millionen = 354 Prozent!

Seit 1925 hat sich an dieser skandalös ungerechten Verteilung der Steuerlasten nichts geändert. Der oben zergliederte Reichsbericht für 1928 zeigt dies. Was aber die Steuereinnahmen der Länder und Gemeinden anlangt, so ist zwar die Hauszinssteuer seit 1925 um 259 Millionen gestiegen, aber sie ist ja eine Massensteuer. Die Grund- und Gewerbeesteuer dagegen wird in ihrem Ertrag die Einnahme des Jahres 1925 nur unbedeutlich übersteigen, sind doch 1926 27 ohne die Gemeinden bis zu 5000 Einwohner nur 135 Millionen eingegangen.

Wer zahlt also die Steuern? Zu zwei Dritteln die bspflose Masse: der Arbeiter, der Angestellte, der Beamte, der kleine Gewerbetreibende!

Und wer schuf und verfeindigt dies empörend ungerechte Steuersystem?

Alle bürgerlichen Parteien!

Wählerinnen und Wähler, zieht eure Leinen daran!

**Wählt sozialdemokratisch!**

### Unsere Lohnbewegungen im Jahre 1927.

Die wirtschaftliche Lage war zu Beginn des Jahres 1927 erheblich günstiger als im Vorjahr. Die Konjunktur zeigte schon in den ersten Monaten eine aufsteigende Linie. Die Rationalisierung, die nun schon weiter und schärfer durchgesetzt war, hatte, im großen und ganzen gesehen, ein Aufblühen fast aller Wirtschaftszweige zur Folge gehabt. Die Ziffer der Arbeitslosen begann zu sinken. Betrag am Anfang Februar 1927 die Zahl der unterstützten Erwerbslosen noch 1.827.000 (gegen 2.187.000 im Februar 1926). So sank sie im Mai 1927 auf 871.000 und betrug Anfang November

340.000. Wenn auch zu diesen Zahlen noch die Krisenunterstützten hinzuzurechnen sind, so daß die Gesamtzahl der Arbeitslosen etwas höher sein dürfte (für November 1927 insgesamt 456.000), so kann doch von einer erfreulichen Erholung der Wirtschaft gesprochen werden. Die Dividenden der Aktiengesellschaften begannen schüchtern wieder zu steigen. Die günstige Lage der Wirtschaft wurde zwar von den meisten ihrer Führer gelegnet oder es wurde wenigstens versucht, diese Blöße als eine Scheinblöße darzustellen. Unparteiischen Beobachtern konnte es aber nicht verborgen bleiben, daß tatsächlich die Wirtschaft drauf und dran war, sich zu erholen. Die Dividendensteigerungen, die sinkende Arbeitslosigkeit, der gute Beschäftigungsgrad der meisten Industrien waren schlagende Beweise dafür. Die Kreditsbedürfnisse der Wirtschaft konnten leicht befriedigt werden, ausländisches Geld strömte nach Deutschland hinein. Mit diesem Gelde wurden Erweiterungen und Verbesserungen in den Betrieben vorgenommen, die sich wieder in sinkenden Selbstkosten äußerten. Die Preise sanken aber nicht etwa in gleichem Maße, sondern zogen für fast alle Erzeugnisse noch an, so daß den Unternehmen ein erhöhter Gewinn verblieb. Unrentable Betriebe wurden in großer Zahl ausgeschaltet. Aber es gelang verhältnismäßig leicht, die durch Stilllegung freigewordenen Arbeiter wieder in anderen Betrieben unterzubringen, da überall in- und ausländische Aufträge in genügendem Maße vorlagen.

Es war kein Wunder, daß die Arbeiterschaft, der die aufsteigende Konjunktur nicht verborgen bleiben konnte, ihren Anteil an der günstigen Wirtschaftsentwicklung und an den Erfolgen der Rationalisierung haben wollte. Waren diese Erfolge doch nur möglich gewesen unter Mitwirkung der Arbeiterschaft. Diese Mitwirkung bestand hauptsächlich in gesteigerter Arbeitsleistung bei relativ gleichbleibendem Lohn oder gar sinkenden Bezügen. Die Tarifverträge waren fast ausnahmslos auf längere Zeit abgeschlossen worden, so daß die Löhne zu Beginn des Jahres 1927 nicht wesentlich gesteigert werden konnten. Wo eine geringe Lohnsteigerung erreicht wurde, machten die anziehenden Preise sie bald wieder wett. Als daher in den Monaten März/April die Tarifverträge abzulaufen begannen, traten selbstverständlich die Arbeiter mit ihren Lohnforderungen hervor. In den nachfolgenden Statistik wird gezeigt, in welchem Umfange Lohnbewegungen geführt wurden, welcher Art sie waren, wieviel Arbeiter sie erfuhren und wie die Erfolge der Bewegungen aussehen. Diese Statistik erscheint nun wieder nach einer mehrjährigen Unterbrechung im „Proletarier“. Die Inflation und andere widrige Umstände hatten diese Zusammenstellungen für unser Verbandsblatt verhindert. Dagegen sind sie aus den Jahrbüchern zu ersehen.

Die Zahl der stattgefundenen Lohnbewegungen beträgt für das vergangene Jahr 1927 gegen 225 im Vorjahr. Von den Bewegungen wurden 12.535 Betriebe (im Vorjahr 2643) mit insgesamt 972.850 Beschäftigten erfaßt. Unmittelbar an den Lohnbewegungen beteiligt waren 859.028 Personen gegen 120.748 im Vorjahr. Von den Beteiligten waren 666.873 männlichen und 192.153 weiblichen Geschlechts. Die 1922 Lohnbewegungen gliedern sich in 1098 Angriffsbewegungen ohne Arbeitseinstellung, 61 Angriffsbewegungen mit Arbeitseinstellung, 34 Abwehrbewegungen ohne Arbeitseinstellung und 19 Abwehrbewegungen mit Arbeitseinstellung.

Von den 859.028 Beteiligten waren Mitglieder unseres Verbandes 60.3 Prozent, das ist ein etwas geringerer Hunderttag als im Vorjahr (62,2 Prozent). Aber das ist noch kein Beweis für eine absolute Verschlechterung des Organisationsverhältnisses. Eher könnte man daraus folgern, daß der Wirkungskreis unserer Organisation größer geworden ist und daß eine verhältnismäßig kleine Anzahl von Organisierten für eine weit größere Anzahl von Arbeitern etwas zu erreichen vermag. Das ist ein Grund mehr, die Unorganisierten auch möglichst alle zu ihren gewerkschaftlichen Pflichten heranzuziehen.

Bei den 1212 Bewegungen des Jahres 1927 wurde folgendes Gesamtergebnis erzielt: Für 815.146 (im Vorjahr 39.828) Personen wurde eine Lohnerhöhung von insgesamt 2.044.583 Mark pro Woche (im Vorjahr 63.649 Mark) und für 44.124 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von 246.501 Stunden pro Woche erreicht. Für 1871 (im Vorjahr 211) Personen wurde eine Arbeitszeitverlängerung von 14.904 (im Vorjahr 14.471) Stunden pro Woche und eine beobachtigte Lohnkürzung von 46.152 Mark pro Woche für 10.556 Personen (im Vorjahr 32.611 Mark für 758 Personen) abgewehrt. Sonstige Verbesserungen, als Ferien, Schuhs- und Kleidergeld, konnten für 135.628 Personen erzielt werden.

Es ist eine ungeheure Steigerung der Arbeitsleistung unseres Verbandes, die in den angeführten Zahlen zum Ausdruck kommt. Diese Leistung zeigt sich auch in dem Ausgang der einzelnen Bewegungen. Von den 1212 Bewegungen waren 1181 erfolgreich, 20 teilweise erfolgreich und nur 10 erfolglos, 1 blieb unerledigt. Es ist also festzustellen, daß 97,5 Prozent aller Lohnbewegungen einen vollen Erfolg

halten. Das Ergebnis ist ein gewiß zufriedenstellendes, besonders, wenn man die zu Beginn des Jahres noch schwachen Kräfte des Verbandes in Betracht zieht.

Wie in allen früheren Jahren, so waren auch im Jahre 1927 die Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung am zahlreichsten, aber auch am meisten von Erfolg begleitet. Es wurden 1132 solcher Bewegungen mit 801 904 Beteiligten gezählt. Von ihnen waren erfolgreich 1113, teilweise erfolgreich 14 und erfolglos 5. Die folgende Tabelle zeigt die Ergebnisse der Angriffsbewegungen ohne Arbeitseinstellung noch deutlicher. Es werden die Erfolge in den einzelnen Industrien sowohl in Lohn erhöhungen, wie an Arbeitszeitverkürzung gezeigt, und zwar im ganzen für alle Beteiligten wie im Durchschnitt für den einzelnen Arbeiter.

Industriezweig	Erzielte Lohnentnahmen in RM. pro Woche						Erreichte Verfassung d. Arbeitszeit pro Woche		
	für Arbeiter			für Arbeitnehmer			für 1 er- fahrene		in Stunden
	Zahl der Arbeiter	Arbeitszeit in Stunden	Zusammen	Zahl der Arbeitnehmer	Arbeitszeit in Stunden	Zusammen	in Stunden	in Stunden	in Stunden
			R.M.			R.M.			
Chemie . . .	213 069	2,59	552 145	60 416	2,13	174 090	10 752	8,87	86 248
Papier . . .	86 711	2,06	230 724	29 853	1,67	40 792	4 518	1,98	8 863
Nahrungsmittel.	52 920	2,07	162 631	19 410	1,66	42 246	1 024	8,11	6 268
Baumärkte Job	160 728	2,60	427 719	13 706	1,77	34 692	15 416	10,15	138 157
Gas . . .	71 034	3,00	212 830	14 904	1,78	25 108	11 817	8,94	46 589
Porzellan	1 053	3,44	3 587	915	2,53	2 316	39	6,00	294
Kunst, Möbel,									
Federn . . .	1 802	2,17	2 812	8 561	1,61	5 749	58	6,00	348
Schlafsofa	4 178	1,94	8 065	204	1,05	2 161	-	-	-
Schlaf-Judokate	4 854	2,20	10 654	6 491	1,66	10 728	445	4,82	2 144
Zusammen . . .	585 849	2,70	1 614 255	162 685	1,53	396 278	42 068	8,61	286 890

Aus der folgenden Tabelle sind die errungenen Gesamterfolge aller Lohnbewegungen nach den wichtigsten Industriezweigen geordnet zu ersehen, ebenso die Zahl der Betriebe, der Beteiligten, der bei uns Organisierten und die Zahl der Personen, die in den Genuss der Erfolge kamen. Dieses Bild hat sich durch die Bildung des Keramischen Bundes etwas gegen das Vorjahr verschoben. Die keramische Industrie steht an der Spitze, was die Zahl der Lohnbewegungen und der erfassten Betriebe betrifft. Die Zahl der beteiligten Personen ist jedoch in der chemischen Industrie größer, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil in der keramischen Industrie die Riesenbetriebe der Chemie fehlen. Die Organisationsverhältnisse sind nach dieser Aufstellung am besten in der Gläsernindustrie. In den übrigen Industrien bewegt sich der Prozentsatz der bei uns Organisierten um 50 Prozent herum. Das ist zu wenig. Es zeigt sich hier, daß noch in allen Industriezweigen fleißige Arbeit geleistet werden muß, um auch die übrigen 50 Prozent dem Verbande zuzuführen, der ihnen die Verteile der höheren Löhne, der verkürzten Arbeitszeit, der Ferien u. w. erkämpft hat.

Industrie- zweig	Ech- tu- benze- gungen	Zahl der Betriebe	Zahl der Beteiligten	bei uns Organisierte	Erfolge für Personen
Chemie . . .	157	2714	297 847	127 507	287 565
Papier . . .	132	1402	118 548	61 003	119 487
Haushaltsmittel	152	779	75 401	36 444	75 940
Metallind.					
Industrie . .	493	4975	200 631	110 645	200 082
Glas . . .	143	1233	99 033	69 031	92 723
Porzessen . .	18	221	47 208	27 853	43 586
Büromaterialien, Blätter					
Gebete . .	17	274	10 480	5 721	10 433
Spielwaren . .	13	725	6 218	3 300	6 218
Schäf. I. d. d. f. .	82	207	1. 664	7 125	11 433
Salzwaren . .	1212	12 535	859 0 8	450 129	852 481

Das agisierend tätige Verbandsmitglied wird aus dieser Tabelle wichtiges Material entnehmen können, zeigen doch die Zahlen der an den Erfolgen teilnehmenden Personen, daß die Wirkungskraft des Verbandes weit über den Kreis seiner

## Der fliegende Holländer.

#### **Eine humoristische Geschichte aus dem Schweizerland**

Beim Geist des heiligen Jeschimesser beruhigt sich das aufgeregte Gewiss des alten Herrn. Er ist Chef der Weltjima. Als geübter Lebewesen und Weisheit bleibt er bei dem Gott: Mineralmäher allein tuß nicht — und daher giebt er Wein ins Wasser. Zuerst vergiftet der alte Herr das Wasser ganz und beruhigt sich mit

Die Wirkung stellt sich ein. Gleich einem exzessivischen Dampfwagen rollt der alte Herr vom Schreitern in sein Privatfahrbett, nimmt hin und her und vorbei am Tippfräulein. Die kann ihren Chef und Löwe mit könig gefülltem Zigarettenkasten: Herr Goldhamer, kann ich eigentlich nicht sein?

Sönnen Es, Freunde, können Es . . . holz mir, Blüte, den  
Stiel . . . ihm . . . Schreitläuter was — oh . . . Chorflöte . . .  
Bilä . . . Trompetet der alte Herr und jüngste sieg die Villen-  
schule der . . . Die dunkle Stunde mit dem Goldpoppiertanzende.

„Gestern darüber der Betriebsleiter in seinem Konsor und erinneret  
dort seinen Herrn Betriebsleiter, empfängt ihn mit einem Kopf, mit  
einem Rückengriff und sage ich los: Hören Sie mal! Es sind doch hier  
Betriebsleiter Ihnen jetzt nicht bad Zug... waren beiden So folge  
Sachen?... Warum sagten Sie nicht...“

Die Waff der Blie los: Sammelnad . . . Sammelnad . . . hin und  
her . . . wer spricht von Sanktmar? . . . aber Es heißtten sich in der  
Wüsteberg II einen Meister . . . einen kleinen Meister . . . mit  
leeren hundert Lesten heißtet er Es, wie gestern, in die Sankt-  
marf und liegt auf dem Berg. Weigt auf den Stein! abklammzt, kurz und  
gut . . . so bewußt sich kein Vorgeleßter seinen Untergangenen  
gegenüber . . . so nicht . . .

Tut einer Dame will der Betriebsleiter den Hieb abschwächen. Im allgemeinen Herr Chef, ist der betreffende Meister der beste von allen Ihren Meistern, der berufsmögl. und wegen gescheit ... wir das verdeckte Reverso ...  
Nötens nur auf mit dem Fabrikat ... den Schaden hat die Dame ... also So haben wir den besten Meister her ... befreit der Herr.  
Und was der Herr befiehlt, ist in einigen Minuten geschehen. Der Herr benötigt keinen Meister um ... So kann Ihnen ... und so

"Und genügt, Herr Goldmann ... eher merkens kann  
was einer von Ihren Freien Gütern brauchen pfeift oder singt,  
dass auf Sie einen Sieg - hier an!"

*[A decorative horizontal line consisting of a series of small, stylized floral or leaf-like motifs.]*

Mitglieder hinausreicht. Soviel Interesse der Verband an diesem wertvollen Werbemittel hat, so wenig Grund haben die organisierten Kollegen, für die Unorganisierten die Kosten der Lohnbewegungen zu tragen; also heran an die unorganisierten Mühelieferer der Arbeit unserer Organisation.

Die Kosten der Lohnbewegungen sind mit der Zahl und dem Umfang der Bewegungen selbstverständlich stark gestiegen. Wurden im Jahre 1928 als Gesamtausgabe für Lohnbewegungen 114 629 Mk. gebucht, so mussten für den gleichen Zweck im veflossenen Jahre 884 154 Mk. ausgegeben werden. Wie die einzelnen Industrien an den Unkosten für die Streiks und Ausssperrungen des Jahres 1927 beteiligt gewesen sind, ist aus folgender Aufstellung zu ersehen.

es ganz einfach das Geschäft der Gewerkschaftsfunktionäre wäre, für Lohnnerhöhungen zu sorgen. Hier ist ein gewaltiges Stück Kulturarbeit geleistet worden. Das wäre nicht möglich gewesen ohne einen starken Idealismus als Antrieb. Es ist in diesem Jahre vorwärts und aufwärts gegangen mit dem Verbande und seinen Mitgliedern durch die enge Zusammenarbeit von Funktionären und Mitgliedern. Das gibt uns ein Recht zu der Hoffnung, daß es auch in den kommenden Jahren vorwärts und aufwärts gehen wird.

## Die Selbstverwaltung bei den Betriebskrankenkassen.

Wie alle Versicherungsträger, so sind auch die reichs-  
gesetzlichen Krankenkassen Selbstverwaltungskörper. Das  
heißt, die beteiligten Arbeitnehmer und Arbeitgeber ver-  
walten die Versicherungsträger im Rahmen der gesetzlichen  
Vorschriften (Reichsversicherungsordnung) selbst. Am meisten  
und besten ist diese Selbstverwaltung bei den Orts- und Land-  
krankenkassen ausgebaut. Bei diesen Kassen werden die  
Vertreter im Ausschuß unmittelbar von den Mitgliedern und  
Arbeitgebern gewählt. Die so gewählten Ausschußvertreter  
wählen sich ihre Vorsitzenden und gleichfalls die Vertreter für  
den Kassenvorstand. Der Kassenvorstand wählt sich dann  
ieder selbst seine Vorsitzenden aus seiner Mitte. Dieses  
demokratische Verfahren ist bei den Betriebs- und Innungs-  
rankenkassen arg beschnitten.

Die Versicherer der Betriebskrankenkassen wählen zwar genau wie die volljährigen Versicherer der übrigen Kassen ihre Vertreter zu den Organen, es gibt jedoch hier eine starke Einschränkung. Nach § 340 des RVO. sind diejenigen Mitglieder einer Betriebskrankenkasse, die ihre Mitgliedschaft freiwillig fortgesetzt haben, nur solange wählbar und wahlberechtigt, als sie dem Betrieb angehören, für den die Kasse verantwortet ist. Scheiden diese Personen also aus dem Betrieb aus, so haben sie kein Wahlrecht mehr. Diese Einschränkung trifft besonders die weiblichen Mitglieder, die wegen Verirrung aus dem Betrieb ausscheiden und freiwillige Mitglieder der Betriebskrankenkasse bleiben, um ihre Ansprüche frecht zu erhalten (Wochenhilfe usw.). Diese freiwilligen Mitglieder haben nach den Bestimmungen des Gesetzes nicht den geringsten Einfluss mehr auf die Verwaltung der Kasse, auf eine derartige Einschränkung der Selbstverwaltung überaupt möglich ist, ist unbegreiflich. (Zur Orientierung sei merkt, daß bei den Ortskrankenkassen sämtliche Mitglieder, auch die freiwilligen, wählbar und wahlberechtigt zu den Organen sind.) Aber noch eine andere, viel fühlbarere Einschränkung der Selbstverwaltung ist bei den Betriebskrankenkassen bindende Vorschrift. Der Vorsitzende des Vorstandes des Ausschusses wird bei diesen Kassen nicht von den Abgeordneten gewählt, sondern stets ist bei den Betriebskrankenkassen in allen beiden Organen der Arbeitgeber oder ein Stellvertreter der Vorsitzende kraft Gesetzes (§ 338 RVO.). Die Versicherer und ihre Vertreter in den Organen haben also nicht den geringsten Einfluss auf die Belebung der Vorsitzenden. Der Arbeitgeber ist nun in allen beiden Organen (Vorstand und Ausschuß) nicht nur Vorsitzender, er vereinigt auf seine Person allein auch die Hälfte Stimmen, die den Versicherern nach der Kassenabstimmung gehören. Das heißt auf deutsch, die Versicherer haben welt so viele Stimmen als der Arbeitgeber, also ein Drittel, während der Arbeitgeber nur ein Drittel. Er kann mit dieser geschlossenen Stimmenzahl natürlich ganz andere Erfolge erzielen als die Arbeitgeber bei den übrigen Kassenarten, da hier oft Unstimmigkeiten in den Aktionen eine Abstimmung beeinflussen. Bei den Betriebskrankenkassen ist das ausgeschlossen. Bei Abstimmungen

Merkwürdig ist es, daß die Macher ihren Chef so gut ver-  
n. So hat der neue Meister einen Plan fertig. Er ist erst  
ig und noch ein strammer Bursche. Als lediger Herr ist er  
er jeder Frauunterhose her. Aber in Ehren. Selbstredend  
indisch, ganz und gar.

Dem Muckl wird das gefiecht. Der lacht sich eins. Seine Gref  
hezt.

Die läßt den Hackel, den neuen Meister, ins Kämmerlein zurück  
an die Erde kommen, packt hinter sich die Tür, knallt sie zu und

Auf einmal ist der Muckl auch da. Und die halbe Fabrikstrafe Arbeit. Der Muckl nimmt sich noch einige handfeste Kamele. Die wirken zusammen und bringen es fertig. Der Holländer

durchs Fenster! Er fliegt unter allgemeinem Halloh! Kriegt eine Tracht Prügel mit, der neue Messer. Rache wird er nehmen. In der Arbeiterkneipe wechselt er von

„Lisch zum andern und bohrt und stichelt und häut mit aller-  
Verleumdungen gegen die Verbündeten um sich.  
Jetzt langt . . .“ knurrt der Wirt, wackt seinem Haushnechi,  
Hannes. Der Hannes schlüpft seine Hemdsärmel, löst die Mus-  
ik an seinen Hemdreschflegeln spielen, greift den Verleumder  
berück und bewirkt ihn vom Hinausflug aus der Kneipe mit  
gekrönter Handlichkeit so durch, wie es eben ein unverdorbener  
ermüdet macht.

Wie ein erster Sünder steht der neue Meister am anderen  
Thron vor seinem Herrn. Wer ist soll bissigem Spott; So, also  
ist der Meister in der Schlosskammer nachhergeföhrt. Ihr-

... in der Schwankammer verheirateter Arztreuren? Nein . . . ist des holländische Kür? . . . so, so . . . im Wirtschaftsraum laufen Es. streifen Sö und rauschen Sö, wie der böser Geist auf einer Bauernhochzeit). . . . Sagens mal, Jan immer im Gesicht so regenbogenfarbig? . . . Lassen Sö sich Ihre Landestresserei raten! . . . Es. passens auf . . . russischen ist beim nächsten Zug ab . . . fort . . . weit fort . . . oder es, noch besser . . . ich rufe einen Geschäftsfreund an . . . Ich kann er Es. mitnehmen.

Zendestrichlernd kommt der Alte vom Telephon und lacht: Ha . . . a Glück hem mer — heute abend noch . . . um ihn zuwirks Minnen kann bei der Flussstation. . . . Das Aug Schwölle von der Firma Wazumker nimmt Sö mit nach . . . a Glück hem mer . . . und an Monatsgehalt an der Kasse kennens Ehna geben lassen . . . und dann . . . fort . . .

is in Gottes Namen . . . nach Berlin. . .  
n Gottes Namen soll er fliegen. In Dreiecksnamen ist er  
lachen die Arbeiter, und wenn die Belegschaft einmal schön  
verkammt ist, er zieht der Jakob Manlwyrd seine ektato-  
n Esele für die Lebenversicherung. eigentlich ist das der  
und, und der Wachl läßt die lustige Geschichte auf, doch alles  
ne läuft, die lustige Geschichte vom fliegenden Helden.

wirft der Arbeitgeber seine Stimme in die Wagschale. Diese heil gestiftet hat. Dieses Unheil ist in der genannten Sache höchstens getroffen. Die Laienbegestaltung für die Psychosicherheit wird von den Arbeitgebern immer gesagt, daß trotzdem die technik trug doch zur gewerbsmäßigen psychologischen Kur-Versicherungen auch in den Organen der Betriebskrankenkassen psychosicher sei. Die von ernster Seite so mißachteten „praktischen Psychologen“ schossen wie Pilze aus der Erde, und schließlich wurde mancher „Betriebsleiter sein eigener Psychotechniker“. Man eignete sich die höhere Form der Prüfungstechnik an und erlaubte sich die ungemein verschlissenen Urteile. Solche Dinge berichtet Stern aus deutschen Betrieben, und nicht anders sind die kritiklosen amerikanischen Armeeprüfungen zu verstehen, die auf psychologischem Gebiet ebensoviel Falsches zitierten wie Taylor mit seinen physiologischen Rechnern.

Vom wissenschaftlichen Psychotechniker erwiesen wir durch Beifügung solcher Halbwissen den allergrößten Dienst. Er hat noch nie behauptet, daß die seelischen Funktionen bereits festlos gemessen und eingordnet werden können; er kennt die Gefahren, die selbst in den genauesten Prüfungen immer wieder schlummern und muß sich der größten Zurückhaltung besonders bezüglich der „Prognose“ bekleidigen. Speziell die Hamburger Schule hat immer nachdrücklich betont, daß der experimentelle „Test“ — und mag er noch so sehr der Wirklichkeit entsprechen — niemals „die“ Methode

um das tägliche Brod nicht gegen ihren Arbeitgeber stimmen. Auf diese Weise fällt es dem Arbeitgeber-Vorstand leicht, seine Wünsche durchzudrücken und ihnen zur Annahme zu verhelfen. — So sieht die „Selbstverwaltung“ in den Betriebskrankenkassen aus. Dieser maßgebende Arbeitgeber-einsatz kommt auch auf den Tagungen des Betriebskrankenkassenverbands offen zum Ausdruck. So führen die Versicherervertreter auf einer Vorbesprechung zur Tagung des Betriebskrankenkassenverbands im Jahre 1926 darüber Kage, daß der Betriebskrankenkassenverband immer noch im wesentlichen eine reine Arbeitgeberorganisation sei, in der die Versicherer nicht den geringsten Einfluß haben. In einem Bericht über diese Vorbesprechung heißt es weiter: „Es sind den Versicherten zwar ein Drittel der Sitz in den Organen des Verbandes zugesprochen worden, doch wird der dadurch gegebene Einfluß vollständig durch den weit stärkeren Einfluß der Arbeitgeber und der von ihnen abhängigen Geschäftsführer kompensiert. Alle Anträge der Versicherervertreter, den Versicherten wenigstens die Hälfte der Sitz anzustehen, sind abgelehnt worden. So z. B. hat der Bund bürgerlicher Arbeitgeberverbände in einem Rundschreiben seine Mitglieder aufgefordert, nur solche Arbeitgebervertreter zu der Hauptversammlung zu schicken, die die von den Arbeitnehmern gestellten Anträge auf jeden Fall ablehnen und keinerlei Kompromißversuche zu lassen. — Trotzdem also die Versicherer zwei Drittel der Beiträge aufbringen müssen, will man ihnen im Betriebskrankenkassenverband nur ein Drittel der Sitz einräumen. Ein Kommentar hierzu erübrig sich wohl.“

Ein weiteres Kapitel der „Selbstverwaltung“ der Betriebskrankenkassen bilden die Kostenangestellten. Während bei den übrigen Kassenarten sämtliche Angestellte durch den Vorstand der Kasse gewählt und angestellt werden, sind die Angestellten der Betriebskrankenkassen Angestellte des Arbeitgebers. Sie werden von ihm eingestellt und befördert. Selbstverständlich werden die Arbeitgeber nur solche Angestellte nehmen, die ihnen angenehm sind. Die Angestellten sind dann vollkommen vom Arbeitgeber abhängig, da sie ja kein Brod essen. Also auch in den Personalfragen haben die Versicherten der Betriebskrankenkassen nicht das geringste Mitbestimmungsrecht. Wie wichtig nicht nur für die Versicherten, sondern überhaupt für die gesamte Sozialversicherung eine geeignete Personenwahl für die leitenden Posten der Krankenkassen ist, darauf braucht hier wohl nicht näher hingewiesen zu werden. Die trockenen Paragraphen der Reichsversicherungsordnung und der sonstigen in Frage kommenden Gesetze müssen ja von den geschäftsführenden Angestellten der Kassen in die Praxis umgesetzt werden. Wie dies nun geschieht, kommt ganz auf das soziale Verständnis der betreffenden Angestellten an. Auch die Versicherten wissen, daß manche Versicherung nach zwei Seiten hin ausgelegt werden kann.

Diese Ausführungen über die Selbstverwaltung zeigen, wieviel der Artikel 161 der Reichsverfassung bei den Betriebskrankenkassen in die Praxis umgesetzt ist. Es heißt in diesem Artikel:

„Zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit, zum Schutz der Mutterchaft und zur Vorsorge gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Schwäche und Wechselfällen des Lebens schafft das Reich ein umfassendes Versicherungswesen, unter maßgebender Mitwirkung der Versicherer.“

Wo ist denn nun dieser maßgebende Einfluß der Versicherer bei den Betriebskrankenkassen zu finden? Dieser Einfluß ist bei dieser Kassenart schon geschicklich arg eingeschränkt, und in den Fällen, in denen den Versicherten wirklich ein Mitbestimmungsrecht eingeräumt ist, sind die Vertreter der Versicherten infolge ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit von dem Arbeitgebervorstand nur Statisten.

Kl.-S.

## Die psychotechnische Berufseignungsprüfung.

Von Dr. Werner Leibbrand (Berlin), Facharzt für Psychiatrie.

Psychotechnik ist die Methode, durch Versuche mit besonderen konstruierten Apparaten genauere Messungen geistiger und seelischer Fähigkeiten zu erzielen, aus denen Schlüsse auf die Berufseignung gezogen werden sollen. Vor einigen Wochen las man nun eine flotte Säule: ein junger Mann mit besten Zeugnissen stellt sich einem neuen Chef vor; dieser ist ein begeisterter „Psychotechniker“ und beweist in wenigen Minuten dem hoffnungsvollen Jungling an der Hand von einem halben Dutzend „Experimenten“ und Apparaten, daß er für jedes Ressort der Firma völlig ungerichtet sei; der junge Mann geriet in das Maschinenwerk der „Tests“, also der Prüfungen für Umsicht, Kalküligkeit, Konzentration usw. und versiegte wie die Fliege im Spinnennetz.

Es bedarf keines Wortes, daß in jeder „Prüfung“ ein gehöriger Zusatz steht; der Glaube an das Absurden-gramen als alleinigen Maßstab der berühmten „stilischen Reife“ für das Akademiestudium dürfte allgemein erschöpft sein. Die oben erwähnte Säule ist eher ein Gedankenstück, denn gerade in Kreisen ist die Erfahrung vor der Berufseignungsprüfung so groß, daß sie nach Ansicht einiger Wissenschaftler (Lipmann, Stern usw.) bereits erheblich Un-

zulässig, daß die Organe der Krankenkassen den Anspruch auf Krankengeld in solchen Fällen nicht ganz, sondern nur teilweise verlegen, daß dem Mitglied also ein bestimmter Betrag an Krankengeld freihändig verteilt wird. Unzulässig ist es, außer dem Krankengeld die Krankenpflege, Wochendienste oder das Sterbedienst zu verlegen. Auch hinsichtlich des Haushaltes, das den Angehörigen bei Krankenhauspflege zu zahlen ist, ist eine Beschränkung nicht möglich. Die ganze oder teilweise Verlegung des Krankengeldes bezieht sich lediglich auf schuldhaften Beleidigung bei Schlägerei oder Raubhandeln. Voraussetzung des Leidestandes der Schlägerei oder des Raubhandels bildet die wechselseitige widerrechtliche Tätigkeit der beteiligten. Es genügt nicht, wenn nur der eine Teil zu Täuschung übergegangen ist, sondern es muß eine gegenseitige Angestellttätigkeit, ein auf Körperverletzung gerichtetes Gegendarieren mehrerer Personen vorgelegen haben. Letzter Scheitert dabei aus. Bleibt sich ein Mitglied eine Krankheit (Unfall) z. B. bei einem Diebstahl zu, so kann in einem solchen Falle die Zahlung von Krankengeld nicht versagt werden. Bei Folgen eines Selbstmordversuchs kommen die beschränkten Vorschriften des Gesetzes in Betracht. Das Reichsversicherungsamt hat in einem Urteil festgestellt, daß eine Krankheit, die sich ein Versicherter bei einem im Zustand der Zurechnungsfähigkeit vorgenommenen Selbstmordversuch zugezogen hat, als vorläufig herbeigeführte anzusehen ist.

Es wird im übrigen der Prüfung des Einzelfalles bedürfen, ob sich das Mitglied die Krankheit vorläufig zugezogen hat oder an einer Rauberei oder Schlägerei beteiligt war.

## Wirtschaftliches.

### Die Bilanz der schwedischen Aussperrung.

Am 2. Januar 1928 wurden 17 500 Arbeiter der schwedischen Zellstoffindustrie von dem Arbeitgeberverbande ausgesperrt, weil die Organisation der schwedischen Zellstoffarbeiter nicht gewillt war, sich mit dem Dekret der Unternehmer auf Lohnabzug zu unterwerfen. Die Kampffähigkeit der ausgesperrten schwedischen Zellstoffarbeiter veranlaßte das Unternehmerkum, im Laufe der Aussperrung noch 13 500 Papierfabrikarbeiter und 21 000 Sägewerksarbeiter auf die Strafe zu werfen, so daß an der Aussperrung insgesamt rund 52 000 Arbeitnehmer beteiligt waren. Die Aussperrung wurde in der Nacht zum Ostermontag durch einen Vergleich vor dem staatlichen Schlichtungsausschuß beendet. Der durch die Aussperrung herbeigeführte Verlust an Arbeitstagen beträgt für die Zellstoffindustrie in der Zeit vom 2. Januar 1928 bis zu Ostern 1928 1 425 000 Arbeitstage und für die Papierfabrikation für die Zeit vom 5. März 1928 bis Ostern 1928 372 000 Arbeitstage. Insgesamt gingen also für die Zellstoff- und Papierarbeiter sowohl als auch für deren Unternehmer 1 807 000 Arbeitstage durch die Aussperrung verloren.

Die mit großer Kriegslust der Unternehmer herbeigeführten Aussperrungen hatten den Zweck, die Zellstoff- und Papierarbeiter und deren Organisationen zu Lohnabzügen gezwungen zu machen. Das Gegenteil ist eingetreten. Wie das „Berliner Tageblatt“ zu berichten weiß, hat die zu Ostern vor dem staatlichen Schlichtungsausschuß getroffene Vereinbarung für die ausgesperrte Arbeiterschaft Lohn erhöhungen mit sich gebracht. Der Höchsttarif der hauptsächlichsten Lohngruppe wurde von 1.14 auf 1.18 Kronen pro Stunde erhöht, während der Grundstundenlohn auf 91 Ore bestehen bleibt. Nur in den Fabriken, wo der sechzige Höchststundenlohn 1.18 Kronen bereits überschritten hatte, wird derselbe auf die neu vereinbarte Höhe zurückgeführt. In Betrieben, in denen die berechnete Erzeugung nicht um mehr als 10 Prozent überschreiten wird, werden die Mindestlöhne um 10 Prozent erhöht. Der Lohn der Hosarbeiter stieg von 77 auf 80 Ore. Ferien- und Feriengelder sollen unabhängig von der Aussperrung angebilligt werden. Den Über- und Minderjährigen wird das Verhandlungsrrecht zugestanden. Die bisher bestehenden Krankenbestimmungen wurden dahin ergänzt, daß auch die Familienmitglieder der Arbeitnehmer speziell ärztliche Behandlung beanspruchen können.

Die Kriegskosten für beide Parteien gestalteten sich, berechnet nach den Angaben der „Papierzeitung“, Nr. 81, 1928, folgendermaßen:

a) Unternehmenskosten des Arbeitgeberverbandes:

an Papierstofffabriken . . . 1 242 000 Kronen  
an Papierfabriken . . . . . 226 000 Kronen

Insgesamt: 1 468 000 Kronen

Hierzu treten noch die Unterstützungen des Arbeitgeberverbandes an die Gewerke. Weiterhin kommen in Frage die leider nicht feststellbaren, aber doch zweifellos ungeheure Summen für den Produktionsausfall von 1 807 000 Arbeitstagen und fernerhin die auch noch sich auswirkenden großen Verluste aus der Ausfuhrverminderung und Ausfuhrstockung.

Da die Arbeitnehmer pro Arbeiter und Arbeitstag eine Unterstützung von 2,50 Kronen erhalten, so gestalten sich die Ausgaben der Gewerkschaften für die Unterstützung ihrer Leute folgendermaßen:

b) Unternehmenskosten der Arbeitnehmerorganisationen:

an Papierstoffarbeiter . . . 3 587 500 Kronen  
an Papierfabrikarbeiter . . . . . 930 000 Kronen

Insgesamt: 4 517 500 Kronen

Nicht unerwähnt dürfen auch die Lohnverluste bleiben, die die Papierarbeiter durch die Aussperrung erlitten haben. Da der Durchschnitts-Tagesverdienst des Papierstoffarbeiters 8,60 Kronen und der des Papierfabrikarbeiters 8,21 Kronen beträgt, gestalteten sich

c) die Lohnverluste folgendermaßen:  
für Papierstoffarbeiter . . . 8 753 500 Kronen  
für Papierfabrikarbeiter . . . . . 2 114 120 Kronen

Insgesamt: 10 867 620 Kronen

Wir lassen dahingestellt, ob die auf Grund der Angaben der „Papierzeitung“ gemachten Berechnungen vollkommen den wirklichen Tatsachen entsprechen. Es dürfte dabei ein kleine Abweichungen nach unten oder oben auch weniger eintreten. Feststehende Tatsache ist jedenfalls, daß die schwedische Aussperrung sowohl den Arbeitgebern, als auch den Arbeitnehmern außerordentliche Opfer auferlegt hat. Daraus rechtfertigt sich die gewerkschaftliche, besonders in

## Arbeiterchutz und Arbeiterversicherung.

Wann kann das Krankengeld versagt werden?

Die Vorstände und Ausschüsse können in die Zahlung der Krankengeld-Vorschüsse einzutreten, die den Anspruch auf Krankengeld verlegen, wenn Mitglieder die Kasse durch eine freiwillige Handlung gefährdet haben, die mit Verlust der bürgerlichen Ehre verbunden ist. Die Versagung kann sich in solchen Fällen nur auf das Dauer eines Jahres nach der Straftat erstrecken.

Hat sich ein Mitglied eine Krankheit vorstellt oder durch schuldhafte Beleidigung bei Schlägerei oder Raubhandeln vorgezogen, so kann die Zahlung in diesen Fällen die Zahlung von Krankengeld für die Dauer dieser Krankheit verlegen. Es ist auch



# Beilage zum Proletarier

Nummer 18

Hannover, 5. Mai 1928

37. Jahrgang

## Aus der Industrie

### Chemische Industrie

#### Geschäftsbergebnisse.

##### 12 Prozent Dividende bei Sachleben.

Die Aktiengesellschaft Sachleben für Bergbau und chemische Industrie in Köln beschloß auf der Generalversammlung am 20. April, die Dividende wie im Vorjahr auf 12 Prozent festzusetzen. Sachleben ist die führende Firma in Lithopone. Die Verwaltung teilte auf der Generalversammlung mit, daß sich das Geschäft im neuen Geschäftsjahr zufriedenstellend angelaufen habe, jedoch erfüllen die Lohnforderungen die Verwaltung mit Besorgnis.

Unseres Wissens war die Tarifbewegung für die chemische Industrie im Bezirk Köln am 20. April bereits erledigt. Sie brachte den Arbeitern Lohnhöhungen von 5 bis 8 Pf. pro Stunde. Diese Lohnhöhungen waren das Notwendigste zur Erhaltung der Arbeiter und ihrer Familien. Das Jammer über erhöhte Löhne steht einer Firma mit einer Dividendenmöglichkeit von 12 Prozent bei nicht unerheblichen Abschreibungen nicht gut an.

#### Geschäftsabschluß der Holzverkohlungsindustrie.

Der Verein für chemische Industrie (Frankfurt a. M.) zahlt für das verflossene Geschäftsjahr 7 Prozent Dividende. Im Vorjahr wurden 6 Prozent, im Jahre 1925 5 Prozent Dividende ausgeschüttet. Die Holzverkohlungsindustrie war bekanntlich durch die Erzeugung synthetischen Methanols in Bedrängnis gekommen. Der Verein für chemische Industrie (Frankfurt) konnte durch Vertrieb des in der J.-G. Farbenindustrie hergestellten Methanols trocken im Jahre 1925 seine Dividende auf 5 Prozent halten. Später nahm er die Herstellung aktiver Kohle auf, die in der chemischen Großindustrie gebraucht wird. Im diesjährigen Geschäftsbericht heißt es, daß die Herstellung von aktiver Kohle verhältnismäßig gering ist und nur etwa ein Zehntel des Umsatzes ausmacht. Das Methanolabkommen mit der J.-G. Farbenindustrie mußte bisher von Jahr zu Jahr erneuert werden. Jetzt ist ein festes Verhältnis geschaffen, in dem das Abkommen automatisch auf je ein Jahr weiterläuft, wenn es nicht ausdrücklich gekündigt wird.

#### Das Laufwerk verteilt 9 Prozent Dividende.

In Nr. 16 des "Proletariers" berichteten wir, daß die Aluminiumpreise, die das europäische Aluminiumkartell festgesetzt hat, von der amerikanischen Konkurrenz durchbrochen werden.

Nunmehr liegt der Bericht der "Vereinigten Aluminiumwerke, A.-G., zu Laufwerk" vor, worin gefaßt wird, daß das Jahr 1927 einen bedeutenden Aufschwung in der Verwendung von Aluminium gebracht hat. Dieser starke Verbrauch ist aber nicht etwa auf eine besonders günstige Konjunktur in irgendeinem Zweig der weiterverarbeitenden Industrie zu suchen, erstreckt sich vielmehr auf das gesamte Aluminiumgeschäft, da Aluminium sich ganz allgemein für die verschiedenen Zwecke eingebürgert hat.

Es heißt dann weiter, daß die Preisherabsetzung im September 1926 um 200 Mk. pro Tonne der Industrie einen starken Antrieb zum Kauf von Aluminium gegeben hat. In dieser Angabe liegt das Gesetz, daß die durch die Konkurrenz erzwungene Preisherabsetzung auf die deutsche Aluminiumindustrie günstig gewirkt hat. Die von uns bereits angekündigte kommende Preisherabsetzung findet auch im Geschäftsbericht ihre Bestätigung. In etwas verblümter Weise heißt es im Bericht: "Die Vereinigung wird auch in Zukunft ihr Augenmerk darauf richten, die Selbstkosten zu ermäßigen und sobald die Verhältnisse es zulassen, durch Verbilligung des Aluminiumpreises den Verbrauch weiter anzuregen." Bei Senkung der Selbstkosten kann es sich jedenfalls nicht um Lohnabhängige handeln, denn die Löhne in der Aluminiumindustrie sind wirklich nicht zu hoch.

Bei einem Bruttogewinn von 9,60 Millionen Mark wurden unter anderem 2,51 Millionen Mark abgeschrieben und aus dem verbleibenden Reingewinn von 4,56 Millionen 9 Prozent Dividende verteilt gegenüber 8 Prozent im Vorjahr.

gh.

#### Geschäftsbericht

##### der Aluminiumindustrie A.-G. Renhausen (Schweiz).

Auch in der Schweiz konnte die gesamte Produktion an Aluminium untergebracht werden. Die Verwaltung berichtet von einer weiteren Absatzsteigerung. Durch Ausarbeitung neuer Legierungen werden immer neue Anwendungsbereiche erschlossen.

Die Gesellschaft erzielte einen verfügbaren Gewinn von 11,84 Millionen Frank gegen 10,92 Millionen Frank im Vorjahr. Es wird eine Dividende von 15 Prozent verteilt und außerdem werden 2,5 Millionen Frank dem Dividendenfonds zugewiesen, der damit eine Höhe von 10,08 Millionen Frank erreicht. Aus diesem Fonds werden 5 Millionen Franken genommen, um auf jede Aktie noch einen Bonus von 100 Frank zu zahlen.

gh.

#### Tödlicher Unfall im Stickstoffwerk Oppau.

Am Donnerstag, dem 19. April, war der 23jährige Schlosser Eugen Platz im Benzinkrassiniertwerk Oppau mit dem Abmontieren des Rührers in einem Rührapparat beschäftigt. Auf nicht feststellende Weise löste sich der unter dem Rührer angebrachte 160 Kilogramm schwere Kreisel und fiel dem Schlosser Platz auf den Kopf, wodurch er tödlich verunglückte. Ob jemand etwas verhindert hat, ließ sich noch nicht feststellen. Nach Angabe des Meisters hatte Platz keinen Auftrag, das Rührwerk allein abzumontieren. Die Angaben des Meisters brauchen nicht unter allen Umständen richtig zu sein, denn es ist nicht anzunehmen, daß in einer so großen Fabrik Arbeiter ohne Auftrag an eine Arbeit gehen können.

gh.

### Papier-Industrie

#### Die japanische Papiererzeugungs-Industrie im Jahre 1927.

Die nachstehende Zusammenstellung gibt eine Übersicht über die Produktion der Papiererzeugungs-Industrie Japans:

##### Erzeugung: 1923 1926 1927

	Tonnen	Tonnen	Tonnen
Papier	330 600	471 180	523 790
Stoff	181 400	212 240	231 285
Holzstoff	178 680	204 530	229 020

Wie diese Zahlen zeigen, ist die Gesamtproduktion der japanischen Papiererzeugungs-Industrie in stetigem Steigen begriffen. Besonders stark tritt die Produktionssteigerung in der Gruppe der Papierherstellung hervor.

Der Papierverbrauch Japans hat seit 1923 ebenfalls eine ständige Zunahme erfahren, wie die folgenden Zahlen beweisen:

##### Jahr: Papierverbrauch in Tonnen:

1923	847 360
1926	144 070
1927	503 200

Ein Vergleich der Verbrauchsdaten mit den Produktionszahlen ergibt, daß um den Bedarf zu decken, 1923 rund 17 000 Tonnen noch hätten eingeschafft werden müssen, während 1926 die

Produktion den Verbrauch bereits um rund 27 000 und 1927 um rund 18 500 Tonnen überschreit. Die Papierimporte gestaltete sich folgendermaßen:

##### Jahr: Papierreinfuhr in Tonnen:

1923	49 885
1926	58 440
1927	40 815

Dieser Einfuhr stand folgende Papierauffuhr gegenüber:

##### Jahr: Papierauffuhr in Tonnen:

1923	30 385
1926	37 640
1927	38 550

Trotzdem die Papierauffuhr seit 1923 im Steigen begriffen ist, hat die Ausfuhr die Höhe der Einfuhr noch nicht erreicht.

Die Zellstoffeinfuhr Japans ist gleichfalls im Steigen begriffen:

##### Jahr: Zellstoffeinfuhr in Tonnen:

1923	35 825
1926	63 945
1927	72 460

Von der Zellstoffeinfuhr entfallen 8 bis 7000 Tonnen auf Kunstseidezellstoff, der bis heute in Japan noch nicht produziert werden kann. Um die Einfuhr von Papier und Zellstoff zurückzudrängen, beabsichtigt die japanische Regierung die Einführung von Schutzzöllen. Die Konkurrenz Japans auf dem Weltmarkt scheitert zur Zeit noch daran, daß besonders der eingeführte kanadische Zellstoff im Preise unter dem japanischen steht, während der schwedische Zellstoff die japanischen Preise etwas übersteigt. Da der Verband der japanischen Kunstseidehersteller gegen den Einfuhrzoll auf Kunstseidezellstoff protestiert, besteht die Aussicht, daß für diesen Zellstoff eine Zollerhöhung nicht eintreten, um die japanische Kunstseide-industrie lebensfähig zu erhalten.

Das Tarifamt füllte folgenden Spruch:

Der Lohn der Gruppe III stellt sich mit Wirkung vom 16. April 1928 an auf

Ortsklasse A B C D

81 75 72 67

In den übrigen Lohngruppen erhöhen sich die Löhne im gleichen Verhältnis.

Diese Regelung gilt bis zum 31. Mai 1929, zu diesem Termin erstmals kündbar mit vierwochiger Frist.

Die Parteien verzichten auf eine schriftliche Begründung des Schiedsspruchs.

### Nahrungsmittel-Industrie

#### Wandlungen in der Rohstoffversorgung der Fischindustrie für Kiel und Eckernförde.

Kiel, Eckernförde, Hamburg, Lübeck, Bremerhaven und Kugthaven sind die typischen Orte für die Fischverarbeitung. Aber wie nichts im Leben beständig ist, so geht es auch mit den Fischgründen, d. h. mit jenen Meeresgebieten oder Meeresbuchten, in denen die Fische fangen werden. So wie es auf dem Lande gewisse Gegenden gibt, in denen man wegen ihrer Bodenbeschaffenheit nur bestimmte Früchte oder Gemüsearten mit gutem Erfolg anbauen kann, genau so gibt es auch Meeresgebiete, wo nur eine besondere Fischart vorwiegend lebt. Klimatische Verhältnisse, Vegetation des Meeres usw. spielen hierbei eine Rolle. Die Fischgründe scheinen nun aber auch einem Wandel unterworfen zu sein.

Die Kieler Sprotte und der Kieler Büding waren schon immer Qualitätsware auf dem Gebiete der Rauchfische. Zwei Umstände tragen hierzu bei. Die Bearbeitung der Fische durch alte erfahrene Räucherer und die besondere Fischart. In der Nähe der Küste von Nordfriesland (Kieler Bucht, Eckernförde usw.) wurde früher ein Fisch gefangen, der sich für die Zubereitung als Sprotte und Büding am besten eignete. In der Rohstoffversorgung der Kieler und Eckernförder Fischindustrie ist nun aber in den letzten Jahren eine Wandlung eingetreten. Die Fänge an den vorgenannten Fischplätzen liegen immer mehr nach, der Rückgang in den Fängen beträgt zum Teil 50 Prozent und mehr. Wie ist das zu erklären? Man spricht in dieser Gegend davon, daß der Fisch ausgewandert sei und sich andere Plätze ausgesucht habe. Vielleicht ist diese besondere Fischart überhaupt nicht mehr in früherem Umfang im Meere vorhanden. Was bedeutet diese Wandlung nun für die Orte Kiel, Eckernförde usw.?

Kiel war bekanntlich Marinestadt. Es hat schon dadurch, daß wir heute eine Marine in dem früheren Umfang nicht mehr haben, bedeutend verloren. Die Fischindustrie beeinflußt nun das Wirtschaftsleben von Kiel ganz bedeutend. Sind doch in Kiel und Umgegend insgesamt 20 Betriebe vorhanden, die in der Hauptbetriebszeit ungefähr 400 Menschen beschäftigen. Noch schlimmer als in Kiel prägt sich das in Eckernförde aus. Hier lebt so gut wie alles von der Fischerei und von der Fischverarbeitung. Die Fischindustrie hat dort 29 Betriebe, in denen während der Hauptbetriebszeit etwa 500 Arbeiter und Arbeiterinnen tätig sind. Die Fischindustrie ist hier so gut wie der einzige Industriezweig. Alles, was sonst noch da ist, ist Ergänzungswirtschaft (Neh- und Handfeilindustrie usw.).

Mit der Abwanderung der Fische geht nun das Fischereigewerbe in Eckernförde immer mehr zurück. Wenn man in Betracht zieht, daß hier alles vom Fischfang und seiner Verarbeitung lebt, dann weiß man, was das bedeutet. In Kiel liegen die Dinge ähnlich, wenn auch, weil der Ort größer ist, nicht so kräftig. Die Fischindustrie dieser Orte, die früher die Fische für bestimmte Spezialware zum großen Teil frisch vom Landungsplatz kaufen konnte, ist heute gezwungen, ihre Rohware hauptsächlich über Hamburg oder Bremerhaven und Kugthaven per Bahn hereinzuholen. Nun soll aber der Nordseefisch sich für diese Spezialware nicht so gut eignen wie der frühere Ostseefisch. Hinzu kommt noch, daß der Fisch heute, nach einem längeren Bahntransport, nicht so frisch in die Räucherei kommt wie früher, was ein Vorteil war. Die Folgen dieser Umstellung in der Rohstoffversorgung liegen auf der Hand.

Die Industrie kann sich nur noch behaupten, soweit es möglich ist, Spezialware auf Grund der eingearbeiteten Arbeitskräfte herzustellen und, soweit ihr die frühere Rohware noch im beschränkten Umfang zur Verfügung steht. Eine allmähliche Abwanderung der Industrie wird die Folge sein. Dieses wird weniger die Großbetriebe treffen, da diese ja nicht nur Räucherware, sondern auch Marinaden herstellen. Aber so mancher Kleinbetrieb wird noch mehr eingeschränkt werden oder ganz verschwinden. Die Arbeitnehmer aber werden in erster Linie die Leidtragenden sein. Schon heute machen die Arbeitgeber bei allen Verhandlungen geltend, daß es der Industrie in diesen Gegenden besonders schlecht gehe. Das ist aber nicht Schuld der Arbeiter.

### Verschiedene Industrien

#### Die Kieselgurindustrie.

Zu der Branche Steine und Erden gehört auch die Kieselgur-industrie. Das ist ein den meisten Verbandskollegen noch wenig bekannter Industriezweig. Die Produktionstätten dieser Industrie liegen hauptsächlich in der Lüneburger Heide, in den Gebieten der Zehnseen Celle und Uelzen.

Weit ab vom Lärm, der aufgeregten Zeit liegen die Werke, in denen die Kieselgur gewonnen und aus denen sie verschickt wird. Die Werke sind an das Vorkommen der Kieselgur gebunden, und diese findet sich, wenigstens für Deutschland, hauptsächlich in der Lüneburger Heide bei Unterlüß und Münster, Breloh usw. Der technische Ausdruck für Kieselgur ist Infiltration, denn diese tonnähne Masse, die aus den Kieselgurgruben gefördert wird, legt sich aus den Ablagerungen zusammen, die das vor Tausenden von Jahren hier ablaufende Meer zurückgelassen hat. Die verarbeitete Kieselgur wird zu Isolierzwecken und zur Sprengstoff-fabrikation benutzt.

Der geographisch entlegene Lage der Kieselgurwerke hat bis vor wenigen Jahren auch die wirtschaftliche und soziale Lage der dort beschäftigten Arbeiter entsprochen. Es war die bekannte Gedankenlosigkeit unter den in diese idyllische Gegend verschleppten Arbeitern. In dem Land der Kieselgur ist zu Ende die Kultur. In

##### Antrag auf Neuregelung des Gruppenlohnvertrages für die Gruppe Pommern-Mecklenburg.

Für die Arbeitgeber erscheinen die Herren Aoe-Lallmann, Barjoh, Gall, Morgenstern. Für die Arbeitnehmer die Herren Balleng, Blank, Klünder, Schmidt, Wiesenhütter und Betriebsräte.

Das Tarifamt füllte folgenden Spruch:

##### 1. Der Gruppenlohnvertrag für Westfalen-Lippe-Waldeck

wird in allen seinen Teilen in seiner jetzigen Gestalt über den 31. März 1928 hinaus verlängert.

##### 2. Der Lohn der Gruppe 2 stellt sich mit Wirkung vom

1. April 1928 an auf

##### Ortskl. I II III IV

schlechten, hygienisch nicht immer einwandfreien Verhältnissen war die Arbeiterschaft untergebracht. Der Lohn war niedrig (30 Pf. am Ende der Inflation), die Versorgung der meist ortsfremden Arbeiter mit Lebensmitteln äußerst schwierig und umständlich, an kulturellen Bedürfnissen war kein Überfluss vorhanden, sie hatten ja auch bei etwasem Vorhandensein nicht befriedigt werden können. Was Wunder, wenn das Volksnährmittel Schnaps die einzige Selsigkeit der Kieselgur-monarchen bildete!

Aber das war so! Heute ist dank dem Bestehen und der Tätigkeit des Fabrikarbeiterverbandes in fast allen Punkten eine entschiedene Wandlung zum Besseren eingetreten. Heute beträgt der Lohn für den erwachsenen Volk arbeiter 54 Pf., es gibt Ferien, die Verhältnisse sind in den meisten Bezirken wesentlich geworden, teilweise sind schöne massive Häuser errichtet worden. Mit der wenigsten um etwas gebesserten materiellen Lage stellen sich auch erhebliche Bedürfnisse ein. Nicht mehr wird der ganze sauer verdiente Lohn in Alkohol angelegt (von einigen Arbeitern leider doch noch). Die Arbeiter treffen sich in Versammlungen, sie bestimmen sich selbst um die Hebung und Besserung ihrer Lage. Es gelang, mit den in einem Syndikat vereinigten Unternehmen Tarifverträge abzuschließen, die jedem Arbeiter den vereinbarten Lohn garantieren. Der Abschluss der Tarifverträge war nicht immer leicht, es gab oft langwierige Verhandlungen mit den Arbeitgebern, aber es gelang in den allermeisten Fällen doch. Immer hat sich gerade auch auf den Kieselgurwerken gezeigt, daß vereint auch die Schwachen mächtig sind.

Selbstverständlich soll mit dem Leichten nun nicht gesagt werden, daß auf den Kieselgurwerken nun schon alles in besserer Butter wäre. Im Gegenteil! Wir wissen recht gut, daß für die teilweise recht schwere und schmutzige Arbeit 51 Pf. noch lange kein Mindestgehalt reicht, daß auch für die Saisonarbeiter, die nur für den Sommer dort Arbeit finden, ein Urlaub gefordert und erreicht werden muß und vieles andere noch erreicht werden muß. Aber imgehn, wenn wir auch durchaus noch nicht an der oberen Grenze des Möglichen angelangt sind, eine starke Besserung ist zwecklos eingetreten, ist eingetreten dank des organisatorischen Zusammenfusses der Kieselgurarbeiter. Ich erinnere mich noch sehr gut an eine Lohnverhandlung, an der ein Vertreter der Arbeitgeber den freilichen Auspruch tat: "Es sind nur die Gewerkschaften, die an unserer hohen Löhnen schuld sind." Ein besseres Zeugnis gibt es gar nicht. Bewahren wir auf den Kieselgurwerken die Zugehörigkeit zur Organisation, dann wird die erfreuliche Besserung der materiellen Lage der Arbeiter anhalten. Das wird die Schönste Belohnung für die alten zuverlässigen Funktionäre sein, die nun schon Jahrelang die schwere, oft unankurbare gewerkschaftliche Arbeit auf den Kieselgurwerken leisten. G. L.

## Bericht des Gaues 6 über das Jahr 1927.

Das Jahr 1927 war auch für Schlesien ein Jahr reicher Kämpfe. Die Voraussezung, gute wirtschaftliche Konjunktur, war auch im Gau 6 gegeben. War anfangs noch starke Arbeitslosigkeit zu verzeichnen, so ließ diese allmählich nach. Dem Drängen unserer Mitglieder Anteil zu nehmen an der günstigen Konjunktur, wurde von den Unternehmern starker Widerstand entgegengesetzt. Trotzdem gelang es, Erfolge zu erzielen.

In der Chemie erreichten wir eine Zulage von 10 Prozent. In der Papiererzeugungsindustrie wurde ein Schiedsspruch gefällt mit einer Erhöhung von 10 Prozent. Die Arbeitgeber lehnten ab. Vor dem Schiedsgericht gelang es, den Arbeitgeberverband zu zwingen, den Schiedsspruch mit einer Konzession auszerteilen, daß die Dauer des Tarifvertrages um einen Monat verlängert wurde, anzuvertragen.

Die Arbeitgeber in der Zuckerrindustrie erklärten nach kurzer Verhandlung ihre Zustimmung zu der Zulage von 10 Prozent.

In der Konfektionsindustrie, im besonderen in dem Werk Eitels u. So. (Münsterberg), helfen mit einem Brudekampf zusammen. Der Lebensmittel- und Getränkearbeiterverband verhinderte hier sein Betätigungsgebiet zu erweitern. Den Arbeitern wurde erklärt, durch den Lebensmittel- und Getränkearbeiterverband würden sie die höheren Löhne der Brauereiarbeiter erhalten. Sie müssen sich aber bei diesem Vertrag organisierten. Erst durch langwierige Verhandlungen im Gewerkschaftskonkurrenzvertrag war es möglich, alle Organisationen in die Grenzen ihres Wirkungskreises zurückzuverweisen. Wir haben dann dort durch Schiedsspruch eine Zulage von 10 Prozent erreicht.

In der Seidenindustrie war es gleichfalls möglich, den Lohn der Chemieindustrie zu übertragen.

In der Industriegruppe Steine und Erden waren ganz besondere Schwierigkeiten in der Herstellungsfabrik zu verzeichnen. Zugleich wurde erreicht, daß die Arbeitgeber auf etwa 15 Stunden festgesetzt und in beiderhanden fallen auf neun Stunden verlängert werden kann. Für die B. Arbeitsschule wurde ein Zulog von 15 Pf. für die übrigen von 25 Pf. festgesetzt. Gleichzeitig wurde der Urlaub, in der Saisonarbeitszeit bis zu neun Tagen festgelegt. Beide in der Löhne erreichten wir einen Zulog von insgesamt 10 Prozent.

Bei der Stanzengindustrie ist, wie schon früher bemerkte, ein Bezirkserlösevertrag nicht mehr vorhanden. Die Lohnverträge werden an den einzelnen Orten besonders gefestigt.

Im Bereich Münsterberg-Katzow-Lagkatzow wurde eine Zulage von mindestens 10 Prozent und im Montanbetrieb der Urlaub von 6 Tagen auf neun Tage in der Saisonarbeitszeit erhöht.

Im Bereich Märkisch-Sachsenburg-Lagkatzow wurde gleichfalls eine Zulage von 10 Prozent, dasselbe auch im Bereich Münsterberg erreicht.

In den Tongraben des Schleißheimer Kreises Sachsenburg-Saaten bewirkte sich die Erhöhung der Löhne gleichfalls auf der Höhe von 10 Prozent.

Die Galvanoplastie ist in unserem Bezirk zerstört.

Die Bezirkseröffnung der Fabriksteile Herzberg ist der Lohn in einem besonderten Tarif geregelt; wir erreichten eine Erhöhung von 8 Prozent.

Im Bezirk Görlitz-Harthausendorf, zahlreiche Betriebe brachte der Arbeitgeber eine Lohnzulage von 15 Prozent und im Montanbetrieb eine abschließende Arbeitszeit und einen Urlaub wie früher bis zu einer Saisonarbeitszeit von neun Tagen.

Im Bezirk Görlitz und Umgegend wurden lokale Vereinbarungen getroffen.

Im Bezirk Oberlausitz wurde durch Schiedsspruch eine Zulage von 10 Prozent erreicht. Einem Montanbetrieb vertrag darf er nicht zu Grunde gehen nicht. Durch das Schiedsspruch war es mir noch nicht möglich, eine Regelung der Arbeitszeit herzustellen.

In der Gemeinde Oberschlesien, ein Schwergewicht des Gutes, erreichten wir im vorstehenden Jahr durch schriftliche Vereinbarungen eine Zulage von insgesamt 27,5 Prozent. Die Bewertung für die Arbeitsergebnisse brachte uns dort für die Zeit ab 1. Juni 1928 das Dreieckspruch. Der Montanbetrieb vertrag wurde in einem Tarifvertrag gefestigt. Die Arbeitgeber der Gemeinde Oberschlesien gewannen die Arbeitnehmer in Werkvereinen, die von den Arbeitgebern gegenwartig werden sind, einzigenfalls. Seitens der Tarifvertrag wurde der Kontakt genau die Tarifvereine in schriftlicher Form hergestellt. Trotz erheblichen Unterschieden und ihrer Helfer ist die Organisation gut vorwärts gegangen.

In der Ziegeleindustrie war der Kontakt nicht minder schwer. In der Schriftleitung erreichten wir einen Zulog von 13 Prozent, in der Ziegeleiindustrie einen Brudekampfvertrag für die Ziegeleibetriebe von 10 Prozent, für die zehn Ziegeleien einen Zulog von 20 Prozent. Gestern gelang es mir, das Zweckdienstempfänger für die Ziegeleien zu begrenzen.

In der Ziegeleindustrie in den Steinkohlenbezirken blieben was die kostige Firma der Montan-

tarifvertrag und verlangte eine Reduzierung des Urlaubs, der Akkord zuschläge und andere Verschlechterungen. Vor dem gesetzlichen Schlichtungsausschuß war es uns möglich, die Verschlechterungen abzuwehren und eine Lohnzulage von 13 Prozent zu erreichen.

Auch in der Bekleidungsindustrie wurde eine Zulage von 13 Prozent erreicht.

Wenn der Ausgleich zwischen Verdienst und Preisniveau nicht restlos erfolgt ist, so liegt dies daran, daß es immer noch Tausende von Arbeitern gibt, die wohl gern ernten, aber nicht säen wollen. Immerhin muß gesagt werden, daß im Gau die Organisationsentwicklung gut vorwärtsgegangen ist. Dies beweist der Mitgliederzuwachs, das steigende Tempo in der Bezahlung der höheren Beiträge und die Gefundung der Lokalkassenverhältnisse. Dankenswert muß anerkannt werden, daß die Organe der Organisation bis in die einzelnen Betriebe hinein, fast an allen Stellen ihre Pflicht und Schuldigkeit getan haben.

Der Gau 6 hatte eine Zunahme im vergangenen Jahr von 463 Mitgliedern und eine Durchschnittsbeitragsleistung von 49,20 Beiträgen pro Mitglied. Die Gesamtmitgliederzahl betrug am Schluß des 4. Quartals 38 844, davon waren weibliche 8312. Die Einnahme aus Beiträgen betrug 1 320 484,91 Mk. An die Hauptkasse wurden gesandt 520 790,87 Mk. Der Gau hatte

findet aus diesem Grunde in mit ihren Vertretern. Alle und invalide Arbeiter werden bei wirtschaftlichen Kämpfen in so geringer Zahl in Ansatz kommen, daß ihr Einfluß auf die Kämpfe null ist. Ich bin auch durchaus nicht der Auffassung, daß der Staat durch Ausbau der Sozialausgaben in den Gewerkschaften auf diesem Gebiete vorwärts gedrängt wird. Vorwärtsgedrängt kann der Staat nur durch den Druck der Partei und der Gewerkschaften werden, daher muß unsere Sorge sein, Stärkung von Partei und Gewerkschaften.

Trägt die Invalidenversicherung zur Stärkung der Gewerkschaften bei? Stärkung, Stabilisierung der Gewerkschaften wurde auch von der Erwerbslosenversicherung erhofft. Während der Inflation müsste unserer Verband hier am Orte ungefähr die doppelte Zahl an Mitgliedern als heute. Die Organisation müsste zeitweilig jede Woche für Erhöhung der Tarife sorgen, das müßte die Mitgliedschaft, vor allen Dingen auch die Frauen unserer Mitglieder, deshalb sorgen sie, daß die Beiträge gezahlt wurden. Also, die Erfüllung des eigentlichen Zweckes der Organisation hat die Mitgliedschaft geschaffen.

Etwa 10 000 Mitglieder kehrten der Organisation in Hamburg nach der Inflation den Rücken, trotz unserer Erwerbslosenfürsorge, die schon nach 52 Wochen Mitgliedschaft gezahlt wird. Wieder weniger würde die Invalidenversicherung die Mitglieder feststellen können, die doch erst nach 520 Beiträgen in Kraft tritt! Besonders die Arbeiterinnen werden damit nicht zu gewinnen sein. Die Einwände, die von dieser Seite kommen, sind bekannt, ein Hinweis auf die Invalidenversicherung würde die Einwände nur verstärken. Ältere Personen, welche noch für die Organisation gewonnen werden sollten, kommen für die Invalidenversicherung kaum in Frage, und junge Leute gehen glücklicherweise noch mit großen Zukunfts Hoffnungen durch die Welt; der Hinweis auf die Invalidenversicherung wird sie nicht locken. — Die eventuelle Einführung der Invalidenversicherung würde eine Erhöhung der Beiträge unabdingt notwendig machen, doch brauche ich mich damit nicht auszuladen, da ich die Invalidenversicherung auf jeden Fall ablehne. Bekennen will ich aber, daß ich eine Erhöhung der Beiträge gegenwärtig für sehr bedenklich halte. Es ist meiner Auffassung nach bestimmt nicht so, daß die zu organisierenden Kollegen fragen: Was kriegen ich vom Verband? Sonderlich in erster Linie fragen sie: Was soll ich zahlen? Die Meinung, eine Erhöhung der Beiträge zugunsten unserer alten Mitglieder wird die Agitation nicht sehr erschweren, da die Notwendigkeit, sich zu organisieren, imuge der Sache liegt, ist eine ganz unbekümmerte Hoffnung. Die Notwendigkeit lag immer vor. Wird der Zug der Zeit daraus geschlossen, daß gegenwärtig in allen Gewerkschaften Fortschritte gemacht werden? Da wären die Ursachen vorerst zu untersuchen.

Wir haben immer darauf gedrängt, daß der Staat die ganze Sozialversicherung vereinheitlichen; was tun wir? Ähnlich wie in Hamburg liegt es auch anderswo. Wir haben die "Volksfürsorge", die Versicherungen auf den Todes- und auf den Erblebenfall abschließen, der GVB läßt nicht nur Beiträgen, sondern übernimmt auch Sterbeversicherungen, worüber ziemlich scharfe Missverständnisse mit der Volksfürsorge stattfinden. Die Sparte werden ermahnt: Sparsam bei der Produktion! Gleichzeitig heißt es aber auch: Sparst bei der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Alles Arbeiter-Unternehmen, die sich gegenseitig konkurrieren, dazu sollen nun auch noch die Gewerkschaften als Versicherungsträger kommen? Viele Betriebe haben nach Pensionskassen und andere Versicherungszweige, wo soll die Arbeiterschaft sich denn überall versichern? Ich komme zu dem Schluss: Keine neue Kräfteversplitterung, sondern Ausbau der Organisation auf rein gewerkschaftlicher Grundlage, Stärkung der Partei und durch stärkeren Druck auf die Regierung Vereinfachung und Verbesserung der Sozialversicherung zu erzwingen. Noch ein Wunsch! Ich bitte, ohne zwingenden Grund keine Änderung der Beitragsbedingungen vorzunehmen. Der Wochenbeitrag als Einfallsgehalt hat sich gut eingespielt und Widerstände hiergegen habe ich noch nicht gehört. G. Ahrens, Hamburg.

Der Kollege H. Küpper (Selb) schreibt:

Eine Verhöhungsfestigung hat zu den Beschlüssen der Statutenberatungskommission eingehend Stellung genommen und ist einstimmig zu der Überzeugung gelangt, daß alle Beschlüsse der Kommission unbedingt abzulehnen sind.

§ 4. Warum die Einführung eines Einfallsgehaltes in Höhe von 1 Mark und 50 Pf.? Die Beibehaltung des bisherigen Modus hat sich eingelebt und ist viel zweckmäßiger.

§ 9 und 16. Die vorgeschlagenen Beitragszölle bedeuten eine Erhöhung von 33 Prozent; warum denn die Erteilung der Haupt- und Lokalkassenbeiträge? Es muß bei den bisherigen Anteilen der Lokalkassen bleiben. War es doch schon schwer, die Mitglieder in die tägliche statutarische Beitragsleistung einzuführen. Wie soll dies in Zukunft geschehen, wenn die Beschlüsse der Kommission Geist für unseren Verband werden? Die Beiträge stehen auf dem Papier, und der Organisation ist nichts geblieben. Ein Mitglied, das eine Beitrag von 1 Mark bezahlt hat, mußte, um seine bisherigen Unterstützungszölle weiter zu bekommen, 1,40 Mark bezahlen, eine beträchtliche Erhöhung kann ein Verdienst von 30 Mark Wochenlohn gar nicht tragen. Es ist gezwungen, bei seinem bisherigen Beitrag von 1 Mark zu bleiben und hat somit eine Unterstützungsminde rung von 33 Prozent. In das Wichtigste, die Agitation, hat die Kommission bestimmt nicht gedacht, denn sonst hätten solche Beschlüsse nicht zustande kommen können.

§ 13. Die Erhöhung ist unsozial, denn ein krankes oder arbeitsloses Mitglied soll man nicht höher beladen.

§ 29. Einführung einer Invalidenunterstützung. Soll die Beitragszölle ihre Begründung in diesem § 20 finden, so hat die Kommission ein schlechtes Rechenergebnis zugrunde gelegt, und es wäre besser, wie würden die Invalidenunterstützung nicht einführen. Der Verbandszoll wird aber nicht umhin können, der Einführung einer Invalidenunterstützung zuzustimmen, aber eine beträchtliche Beitragszölle, wie die vorgeschlagene, ist unbegründet.

Nimmt man 400 000 Mitglieder zu 10 Pf. Beitrag pro Woche, so ergibt dies im Jahr eine Einnahme von 2 000 000 Mark. Invaliden haben wir gegenwärtig im Verband 5820, nach den Vorschlägen wären aber nur 2800 Unterstützungsberechtigte. Wenn von diesen 2800 Invaliden jeder im Monat 25 Mark erhalten würde, so wäre eine Summe von 840 000 Mark erforderlich, so daß die Finanzierung gegeben wäre.

Eine Beitragszölle von 10 bis 15 Prozent wäre den Mitgliedern verständlich und könnte auch in der Agitation ausgenutzt werden.

Möchten doch die Mitglieder allerorts zu den Beschlüssen Stellung nehmen, damit diese Beschlüsse nicht Geist für den Verband werden, wenn das würde bestimmt eine Frustulation in der Organisation bedeuten.

## Literarisches.

Alexander Sein: Jungsozialisten und Arbeitersbewegung. — Referat auf der Reichskonferenz der Jungsozialisten am 5. Juni 1927 in Dresden. — Umfang 24 Seiten, kart. 0,30 Mark. — E. Laubsche Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W 30.

Die Säurungen und Achillien für die jungsozialistische Bewegung sind dem Referat angehängt.

Heinz Horraue: Zur Soziologie der Bürgersfunktionäre. — Jungsozialistische Schriftenreihe, herausgegeben von der Reichsleitung der Jungsozialisten. Umfang 46 Seiten, kart. 0,85 Mark. — E. Laubsche Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W 30. — Heinz Horraue analysiert in gedrängten Ausführungen die gesellschaftliche Funktion der Beamten- und Angestelltenchaft in Wirtschaft und Verwaltung. Die moderne Schul- und Berufsbildung wird als Zweckbildung zur Aufrechterhaltung des kapitalistischen Wirtschaftssystems bzw. des bürgerlichen Staates nachgewiesen.

## Wir

d. h. die Arbeitnehmer, könnten im Staate, in der Gesellschaft und in der Wirtschaft heute schon bestimmenden Einfluß ausüben, weil wir als Klasse die große Mehrheit

## haben

wenn die Arbeitnehmerschaft von dieser Erkenntnis durchdrungen wäre. Leider lassen sich während der Wahlbewegung die vielen geistig und politisch Indifferenzen,

## die

selbst kein klares Urteil haben, von den verschiedenen Parteien einzuholen und gegen die eigenen, also gegen die Arbeitnehmerschaften missbrauchen. Wenn die Arbeitnehmer als Wähler der einzigen wirklichen Arbeitnehmerspartei, der Sozialdemokratie, die

## Mehrheit

in den Parlamenten verschaffen, dann können durch diese Parlamente, durch die der Parlamentsmehrheit entsprechenden Regierungen die sozialen und wirtschaftlichen Interessen der großen Masse der Volksangehörigen, der Arbeitnehmerschaft, mit Erfolg wahrgenommen werden.

788 Posteingänge und 15 791 Postausgänge. Durch die Ganzleitungen u. den abgeschafften	
Öffentlichen Versammlungen	73
Mitgliederversammlungen	80
Betriebsversammlungen	195
Mit Lohnbewegungen in Verbindung stehende Versammlungen	73
zusammen	421
Can- und Geschäftsführerversammlungen	6
Ortsvertretungssitzungen	19
Vertrauensmännerversammlungen	112
Sitzungen mit anderen Organisationen	5
Kassenversammlungen	25
Vertretung bei Lohnbewegungen	272
Verschiedene Versammlungen	145
zusammen	584

In den Mitgliedskreisen macht sich immer größere Werthaltung der Organisation bemerkbar. Dies kann man ganz besonders in einem regeren Versammlungseinsatz und an der lebhaften geistigen Teilnahme an der Entwicklung und Tätigkeit der Organisation erkennen. Die Auswirkung dessen wird Verfestigung des gewerkschaftlichen Gedankens und weitere Ausbreitung der Organisation sein. Mit Zuversicht können wir deshalb an die kommenden Tage im laufenden Jahr herantreten.

Wer besondere Vorträge in der Glas- und Porzellaindustrie sind die Berichte der Gründungsgruppe an die Zentralversammlung gegegen und sind deshalb im Bericht nicht erwähnt.

Fritz Thiele.

## Verbandstagsdiskussion.

### Invalidenversicherung?